

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
1010 Wien

Per E-Mail an:
legistik-wissenschaft@bmbwf.gv.at
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, 18.05.2021

Stellungnahme des VSStÖ zur Änderung des Universitätsgesetzes 2002

Mai 2021, Verband Sozialistischer Studentinnen und Studenten in
Österreich

Der VSStÖ lehnt die geplanten Änderungen im Universitätsgesetz 2002 zu einem großen Teil ab. Allein dass diese Punkte nun in einer eigenen Novelle behandelt werden, anstatt bereits in der letzten Novellierung mitbearbeitet und somit nun mitten in der Hochphase der ÖH-Wahlen ein Hochschulpaket in Begutachtung geschickt wird, zeigt, dass vom BMBWF der Position der Studierendenvertretungen wohl keine große Beachtung geschenkt wird. Den Einzug privatwirtschaftlicher Unternehmen in Weiterbildungsangebote von Hochschulen, sowie eine Verlängerung der Zugangsbeschränkungen an Universitäten bis 2027 kann aus Studierendenperspektive nichts Positives abgewonnen werden.

Insbesondere folgende Punkte sind aus Sicht des VSStÖ hervorzuheben:

- Weiterbildungspaket

Dass dem Thema Weiterbildung Beachtung geschenkt wird, ist grundsätzlich sehr positiv. Warum diese Angebote allerdings weiterhin nicht im regulären Hochschulbetrieb aufgenommen und niederschwellig zugänglich gemacht, sondern wiederum auf kostenpflichtige Lehrgänge abseits der ordentlichen Studien gesetzt wird, ist für uns nicht nachvollziehbar. Auch wenn eine Vereinheitlichung über die Hochschulsektoren hinweg zur Transparenz und Nachvollziehbarkeit beiträgt, sprechen wir uns ganz klar dagegen aus, dass außeruniversitäre Rechtsträger zukünftig auch inhaltliche Mitspracherechte an der Ausgestaltung von Weiterbildungsstudien zukommen soll. Auch die mangelnde Verankerung im Akkreditierungs- und Qualitätssicherungsprozess ist nicht nachvollziehbar. Notwendig ist jedenfalls ein Monitoring der sozialen Zusammensetzung der Studierenden in Weiterbildungslehrgängen, sowie ein Übergang in das reguläre Studiensystem, damit diese Novelle nicht nur dazu führt, dass Unternehmen für ihre Angestellten (wie das mit der letzten UG-Novelle ja bereits an Fachhochschulen ermöglicht wurde) eigene Weiterbildungslehrgänge über das öffentliche Hochschulsystem kaufen und somit Weiterbildungsangebote (v.a. für bereits berufstätige Studierende) weiter in den privaten Markt abgedrängt werden.

- Zugangsbeschränkungen

Entgegen dem Ziel einer möglichst zugänglichen Hochschule für alle Menschen sollen die vorhandenen Zugangsbeschränkungen verlängert werden, was wir entschieden ablehnen müssen. Obwohl sogar zugegeben wird, dass Zugangstests offensichtlich sozial selektiv wirken, wird nicht die notwendige Konsequenz gezeigt diese Tests gänzlich abzuschaffen. Die Kürzung der Studienplätze für Pharmazie erscheint (auch) unter der momentanen globalen Pandemie zynisch. Dennoch positiv zu nennen sind die geplante Evaluierung mit Fokus auf Studienwerber_innen, die nicht zum Test kommen, sowie der kostenlose Zugang zu Vorbereitungsmaterialien.

- StEOP

Auch hier müssen wir uns gegen eine Verlängerung der StEOP in dieser Form aussprechen. Als VSStÖ haben wir bereits vor Jahren ein Modell für eine echte Orientierungsphase vorgelegt, dass diesem Anspruch um einiges stärker nachkommen würde, als die aktuelle Version, die oft mehr mit Knock-Out-Prüfungen zu tun hat. Dass hier wiederum der Fokus auf eine Stärkung der Prüfungsaktivität, denn auf eine sinnvolle Eingangs- und Orientierungsphase für die Studierenden, spricht für sich.

Generell ist anzumerken, dass diese zweite Novellierung innerhalb einiger weniger Monate die Chance geboten hätte, hier einige Fehler wieder auszubügeln, die in den vergangenen Jahren in der Hochschulpolitik gemacht wurden. Sowohl die Rücknahme einiger Regelungen der letzten Novellierung, wie die Einführung der Mindeststudienleistung oder länger zurückliegender Repressionen (Einführung von Studiengebühren) wären möglich gewesen. Andererseits hätten auch Verbesserungen für Studierende durchaus Platz gehabt: die Wiedereinführung der Drittelparität in Kollegialorganen und damit mehr Mitspracherechte für Studierende oder die Einführung eines Teilzeitstudiums im Sinne der Studierenden.

Wir ersuchen um Aufnahme der genannten Kritikpunkte in die Überarbeitung des Gesetzesentwurfs.

Für den Verband Sozialistischer Studentinnen und Studenten in Österreich:



Dora Jandl
Vorsitzende



Sara Velic
Hochschulpolitische Sprecherin